

„Ich bin dafür, dass sich der Deutsche Olympische Sportbund mit der Freien und Hansestadt Hamburg um die Ausrichtung der Olympischen und Paralympischen Spiele im Jahr 2024 bewirbt.“

Am 29. November sollen die Hamburger Bürgerinnen und Bürger im Rahmen des für die Politik verbindlichen Olympia-Referendums diesen Satz mit einem JA oder einem NEIN unterstreichen. Das Finanzierungs-

konzept für die Spiele, das im Oktober veröffentlicht werden soll, wird wohl am Ende mitentscheidend für den Ausgang des Referendums sein.

Und auch wenn von Seiten des Senats immer wieder betont wird, dass selbst bis zum Referendum noch nicht endgültig feststehen wird, was durch die Austragung Olympischer Spiele an finanziellen Belastungen auf den städtischen Haushalt zukommen wird, so sollen sich die

Heißes Herz und kühler Kopf



Christoph Holstein Foto: Sören Ladehof / Pressestelle d. Senats

Paralympische und Olympische Spiele in Hamburg: Eine Vision elektrisiert die Stadt. Die offene und kontroverse politische Diskussion, Kernelement der Demokratie, ist entbrannt, befeuert insbesondere von kritischen Fragestellern. Das ist gut. Denn es sind gerade die Antworten auf kritische Fragen, die komplexe Planungsvorhaben nachvollziehbar machen.

Ein wesentlicher Inhalt der Debatte ist die Frage der Finanzierung. Hamburg weiß, welche Folgen es haben kann, wenn man sich mit heißem Herzen aber ohne kühlen Kopf in ein Großprojekt stürzt. Wenn man sich aber nüchtern, sachlich und dennoch begeisterungsbereit mit dem Thema „Spiele in Hamburg“ beschäftigt, wird klar: Die positiven Effekte überwiegen. Wir würden Spiele im Herzen der Stadt erleben, mit kurzen Wegen, mit nachhaltiger, umweltschonender Technologie. Wir würden die Faszination Olympischer und Paralympischer Spiele empfinden, deren Sport- und

Trainingsstätten als „Olympisches Erbe“ insbesondere den Sportlerinnen und Sportlern in Vereinen und Schulen erhalten blieben. Das gilt auch für die bis zu 6.000 Wohnungen der Olympic City auf dem Kleinen Grasbrook, die nach Ende der Spiele unseren Wohnungsmarkt entlasten. Hamburg würde eine moderne, jahrhunderttaugliche Infrastruktur erhalten, einen gut ausgebauten öffentlichen Nahverkehr, weitestgehend barrierefrei und einen für alle zugänglichen Park mitten in der Stadt.

Klare Aussage: Das alles kostet Geld. Viel Geld. Und die Frage „wie viel?“ ist berechtigt. Wir haben uns aber entschieden, nicht vorschnell – wie bei der Elbphilharmonie geschehen – Zahlen in die laufende Diskussion zu werfen. Planung ist ein fortschreitender Prozess. Deshalb planen wir gründlich und rechnen seriös.

Schon weit vor dem Referendum im November werden wir einen ersten Finanzreport veröffentlichen. Dieser wird laufend aktualisiert und präzisiert. Wir informieren die Öffentlichkeit in diesem Report nicht nur über die Kostenschätzungen und -berechnungen, sondern auch über das, was wir noch nicht konkret beziffern können. Offen und ehrlich. Wir haben schließlich ein großes Interesse daran, dass die Bürgerinnen und Bürger in Hamburg und ganz Deutschland nachvollziehen können, was wir im Rahmen der deutschen Bewerbung vorhaben. Wir werden sie über alle Aktivitäten und Verpflichtungen transparent informie-

ren – alle Verträge werden den Regeln des Transparenzgesetzes entsprechend veröffentlicht.

Im Übrigen kommt es bei der Frage der Kosten nicht allein auf deren Höhe an, sondern auch darauf, ob sie sich lohnen – das tun sie – und wie diese finanziert werden. So seltsam es klingt: Es fällt uns leichter, vier Mrd. zu investieren, wenn der Bund und andere davon drei Viertel übernehmen, als nur eine Mrd., wenn wir die Summe allein stemmen müssten.

Wichtig ist aber auch: Hamburg würde – im eigenen Interesse! – viel Geld etwa für Straßensanierung und öffentlichen Nahverkehr, für Wohnungsbau und Sportanlagen auch ohne Paralympische und Olympische Spiele ausgeben. Schließlich reden wir über Investitionen, die wir ohnehin planen, jetzt aber vorziehen könnten. Wir werden uns für Olympia nicht verschulden. Die Schuldenbremse des Grundgesetzes gilt wie das Wort des Ersten Bürgermeisters: Spiele in Hamburg werden nicht durch Kürzungen etwa im Bildungs- und Sozialbereich finanziert.

Die begeisternden Spiele in Barcelona 1992 und London 2012 haben gezeigt: Von den Spielen kann ein positiver Schub ausgehen – wenn die ausrichtenden Städte zuvor definiert haben, in welche Richtung sie sich entwickeln wollen. Hamburg, die moderne, weltoffene Stadt am Wasser, hat diese Vorstellung.

Christoph Holstein
Staatsrat für Sport u. Olympia

Gegen einen



Dirk Seifert

Olympia-Bewerbung Hamburg: Öffentlich ist fast nur von den Chancen die Rede. Über die Risiken wird kaum gesprochen. Der Senat räumt ein, dass er in den nächsten Monaten noch kaum verlässliche Daten vorlegen kann, viele der Planungen und der damit verbundenen Kosten erst in den nächsten Jahren konkreter werden. Dennoch will er mit einer einfachen JA/NEIN – Frage das Volk im November befragen.

Viele Erfahrungen mit Großprojekten, nicht nur in Hamburg, sprechen dafür, dass eine FAIRE Bürgerbefragung auch klar machen muss, wann ein Abbruch der Olympia-Bewerbung erfolgt, wenn die Kosten aus dem Ruder zu laufen drohen. Einen einfachen Blanko-Check darf es nicht geben, eine Verschiebung der Volksbefragung auf einen späteren Termin könnte sinnvoll sein.

Die Bewerbung für die Olympischen und Paralympischen Spiele hat nur eigentlich mit einem Sportereignis zu tun. Hamburg will diese Spiele angeblich bescheiden und nachhaltig,

Bürger doch zumindest durch Eckpfeiler ein ungefähres Bild machen können.

Der Nord-Kurier möchte dem interessierten Steuerzahler bereits jetzt eine Orientierungshilfe geben und hat Christoph Holstein, Staatsrat für Sport und Olympia, und Dirk Seifert, Internet-Blogger, um einen Gastbeitrag gebeten.



Reiner Holznagel und Lorenz Palte im Gespräch

Mediale Resonanz für die wichtigen Themen

Mitgliederversammlung ein Erfolg

Am 17. Juni fand in den Räumlichkeiten der Hamburger Geschäftsstelle die Mitgliederversammlung 2015 statt.

Lorenz Palte, Vorsitzender des Hamburger Landesverbandes, konnte den Mitgliedern einen gut gefüllten Jahresrückblick 2014 präsentieren (diesen können Sie sich unter www.steuerzahler-hamburg.de kostenfrei herunterladen).

Der BdSt Hamburg konnte sich bei Themen wie dem städtischen Haushalt, dem Rückkauf der Energienetze, der Elbvertiefung oder auch über die vier Hamburger Fälle im Schwarzbuch 2014 inhaltlich positionieren und rief so eine beachtliche mediale Resonanz hervor. Doch auch in die BdSt-Arbeitskreise auf Bundesebene konnten die Hamburger Standpunkte erfolgreich eingebracht werden.

Personell gab es auf der diesjährigen Versammlung keine wesentlichen Veränderungen. Harald Degener, Schatzmeister des Landesverbandes, und Alexander Fischer, Jugendbeauftragter, wurden erneut in den Vorstand gewählt. Außerdem wurden die Verwaltungsräte Frank Neubauer und Gabriele Kummerfeldt in ihren Ämtern bestätigt. Ernst Hagestein, langjähriges Verwaltungsratsmitglied, stellte sich nicht erneut zur Wahl.

Zum Abschluss warf der extra aus Berlin angereiste Präsi-

dent des Steuerzahlerbundes, Reiner Holznagel, noch einen Blick auf die steuer- und finanzpolitischen Herausforderungen Deutschlands zwischen Griechenland-Krise und schwarzer Null, berichtete jedoch auch über die aktuellen bundespolitischen Themen wie zum Beispiel die Abschaffung des Solidaritätszuschlags, die Konsolidierung des Bundeshaushalts oder auch den Abbau der kalten Progression. Gerade hier hat sich der jahrelange Kampf des Steuerzahlerbundes nun endlich ausgezahlt. Schließlich hat der Bundestag im Juni beschlossen, dass die kalte Progression, durch die sich bei steigenden Löhnen die Lohnsteuer überproportional erhöht, ab kommendem Jahr abgebaut werden soll. Dies geschieht, indem die Inflation der Jahre 2014 und 2015 im Einkommensteuertarif 2016 berücksichtigt wird. Dieser Schritt ist längst überfällig, immerhin wurde der Einkommensteuertarif seit 2010 nicht mehr an die Inflation angepasst. Noch wichtiger sei es jedoch, so Holznagel, dass die kalte Progression von nun an regelmäßig abgebaut wird. Deshalb fordert der BdSt, dass die Tarifanpassung zukünftig durch einen gesetzlichen „Tarif auf Rädern“ erfolgt. Hierfür wird sich der Bundesverband, im Schulterschluss mit dem BdSt Hamburg und den anderen Landesverbänden, stark machen.

Monaten von Kosten zwischen 15-18 Mrd. Euro „gefunkt“. Auch wenn der Senat es derzeit nicht bestätigen will: Allein für die Sicherheitskosten werden schon jetzt 1,38 Mrd. Euro veranschlagt.

Einer der Kostenfaktoren, die schon jetzt für erhebliche Auseinandersetzungen zwischen der Hafenwirtschaft und der Stadt sorgen, ist die Umlagerung der Betriebe vom Kleinen Grasbrook. Dort soll das Zentrum der Olympia-Stätten entstehen. Die Stadt hat – ohne bislang Kosten zu nennen – per Blanko-Check zugesagt, dass sie die Kosten für die Verlagerung und die Neuansiedlung übernehmen wird. Wohin die Unternehmen samt der Arbeitsplätze sollen, ist noch unklar. Nicht nur der Hafen-Unternehmens-Verband warnt vor der extrem kurzen Planungs- und Umsetzungszeit für die notwendigen Maßnahmen. Dieser Termindruck kann nicht nur für Umweltschutzbelange fatal sein, sondern kann uns SteuerzahlerInnen teuer zu stehen kommen: Denn alle Baumaßnahmen müssen zu einem festen Termin fertiggestellt werden.

Die finanziellen Risiken für die öffentlichen Kassen sind also enorm. Gerade deshalb muss eine Entscheidung für oder gegen Olympia auf Basis umfassender und fundierter Grundlagen stattfinden. Es muss klar sein, dass die Bewerbung rechtzeitig abgebrochen wird, wenn die Kosten aus dem Ruder zu laufen drohen. Beides wird zum geplanten Referendum im November nicht vorliegen.

Dirk Seifert, Hamburger Blogger, www.FAIRspielen.de

Blanko-Scheck

ohne Gigantismus durchführen. Doch: „Unter dem Etikett ‚bescheiden‘ verbirgt sich nämlich ein Jahrhundertumbau von Deutschlands größter Hafenstadt“, stellt die Welt zutreffend fest (15.3.2015). Eine Vertreterin der Handelskammer brachte es gegenüber Hamburg im Mai so auf den Punkt: „Mit Olympia haben wir die Chance, die Stadt umzubauen und ein großes Stadtentwicklungsprojekt zu realisieren. Und auf dem Weg dorthin machen wir ein bisschen Sport.“

Nicht nur hiesige Großprojekte und nahezu alle Erfahrungen mit Olympischen Spielen machen klar: Oftmals explodieren die Kosten im Verlauf der Umsetzungen – zum Schaden der öffentlichen Kassen. Wie schnell Kosten trotz aller Senatsversprechen aus dem Ruder laufen, zeigte jüngst erst wieder der Umbau im Hamburger Schauspielhaus. Nicht nur die Kosten stiegen von ehemals geplanten 17 Mio. Euro auf bislang fast 25 Mio. Euro. In seinem Jahresbericht 2015 verweist der Rechnungshof auch auf massive Planungs- und Kontrollmängel. Um wie viel höher sind die Risiken, dass so ein Mammut-Projekt wie jetzt für die Olympia-Bewerbung geplant, aus dem Ruder läuft?

London 2012 wird als Vorbild genannt: Die dortigen Spiel haben laut „Die Zeit“ (12.3.2015) je nach Betrachtung zwischen 13,5 Mrd. Euro und fast 16 Mrd. gekostet. „Skye-Sport“ soll der Zeit zufolge sogar Gesamtkosten von 28,8 Mrd. Euro ermittelt haben. Auf den Fluren Hamburger Behörden wurde schon vor